

Europas Demokratie braucht die Jugend
Durch Bildung und Mobilität können junge Menschen eine eigene Vision von Europa entwickeln

2014 hätte ein großes Jahr für die europäische Demokratie werden können – stattdessen zeigte sich die Distanz zwischen Europas Bürgern und seinen Politikern deutlich wie nie. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stimmten die EU-Bürger im Mai über ihr neues Parlament ab. Zum ersten Mal stand ein EU-Parlament zur Wahl, das durch den Vertrag von Lissabon über so viele Befugnisse wie nie zuvor verfügte. Zum ersten Mal gab es europäische Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten.

2014 ist aber kein großes Jahr für die europäische Demokratie geworden: Die Mehrheit der Bürger hat sich nicht an den Wahlen beteiligt und viele Wähler haben ihre Stimme euroskeptischen und populistischen Parteien gegeben.

Diese wachsende Ablehnung eines vereinten Europas ist brandgefährlich. Eine Demokratie kann nicht funktionieren, wenn ihre politischen Eliten über die Zukunft entscheiden, die Menschen aber zu oft das Gefühl haben, nicht mitreden zu können und es deshalb nicht einmal versuchen. Europas Narrativ gehört nicht allein den Staats- und Regierungschefs, sondern allen Europäern, und zwar unabhängig davon, ob ihr Land der EU angehört. Junge Menschen in Europa müssen erfahren, wie ein geeinter Kontinent ihr Leben positiv prägen kann. Ein zentrales Element ist dabei das Erleben von „Europa“ im Alltag, also in der Schule, in der Ausbildung oder bei der Arbeit. Nur wenn es gelingt, ein solches europäisches Bewusstsein nicht nur in einer „Erasmus-Generation“ unter Akademikern, sondern in allen Bevölkerungsschichten zu wecken, kann eine gemeinsame europäische Identität geschaffen werden – mit jungen Menschen, die sich nicht nur als Deutsche oder Franzosen, als Finnen oder Rumänen, als Ungarn oder Ser-

ben begreifen, sondern als Teil eines Kontinents mit gemeinsamen Werten, für den sie zusammen Verantwortung übernehmen müssen. Zwei Dinge sind dafür entscheidend: eine wahrhaft europäische Schulbildung und mehr Mobilität für alle jungen Menschen in Europa.

Eine wahrhaft europäische Schulbildung

Die Diskussion über Europa muss unter Kindern und Jugendlichen gefördert werden.

Erstens müssen Europa, seine Geschichte sowie die Funktionsweise der europäischen Institutionen deutlich mehr Raum im Unterricht bekommen. Europa sollte Gegenstand des Unterrichts in mehreren Fächern werden.

Gemeinsame europäische Lehrmaterialien, wie Schulbücher, die in ganz Europa verwendet werden können, sollten entwickelt werden. So könnte eines Tages ein Schulbuch zur europäischen Geschichte in ganz Europa benutzt werden, dem Vorbild der bereits zwischen Deutschland und Frankreich beziehungsweise Polen erarbeiteten Geschichtsbücher folgend. Das Buch sollte ein gemeinsames Narrativ anbieten und eine Geschichte gemeinsamer Werte und Traditionen erzählen. *Zweitens* soll der Austausch von Lehrern in Europa gefördert werden, beispielsweise durch regelmäßige europäische Lehrerkongresse. *Drittens* soll ein Austausch von Schülern mit Gleichaltrigen aus anderen europäischen Ländern von mindestens vier Wochen verpflichtend sein. Die EU muss hier insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche finanzielle Unterstützung, Information und organisatorische Hilfe anbieten. *Viertens* sollen die Schulen stärker über Möglichkeiten informieren, in anderen Ländern Europas zu studieren, eine

Ausbildung zu machen oder zu arbeiten, um dadurch Schüler zu ermutigen, nach ihrem Abschluss ins europäische Ausland zu gehen. *Fünftens* soll ein Europäisches Jugendwerk nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerks geschaffen werden.

Mobilität für alle jungen Europäer

Die Förderung der Mobilität junger Europäer soll auf den oben vorgeschlagenen bildungspolitischen Maßnahmen aufbauen. Ziel ist es, durch Leben und Arbeitserfahrung in anderen europäischen Staaten jungen Menschen bessere Chancen auf eine dauerhafte Jobperspektive zu ermöglichen und damit die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern nachhaltig zu verringern.

Jeder junge Europäer soll nach dem Schul-, Ausbildungs- oder Universitätsabschluss ein Angebot für einen Auslandsaufenthalt bekommen.

Zwar gibt es heute schon die EU-Jugendgarantie, welche die EU-Mitgliedstaaten auffordert, jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder dem Verlassen der Schule eine hochwertige Arbeitsstelle, eine weiterführende Ausbildung oder einen Praktikums- beziehungsweise Ausbildungsplatz anzubieten. Dieser Ansatz greift allerdings zu kurz, da die finanzielle Ausstattung unzureichend ist und die Umsetzung außerdem national sehr unterschiedlich geregelt wird – echte europäische Mobilität sieht anders aus.

Dabei ist so ein Angebot für arbeitslose Jugendliche besonders wichtig: Sie müssen konkret erleben, dass Europa ihnen eine Perspektive eröffnet. Ideal wären drei Vorschläge für Praktika, einen europäischen Zivildienst oder einen Job in einem anderen europäischen Staat. Die finanzielle Grundversorgung der Teilnehmer sollte durch eine EU-Förderung gewährleistet werden, sodass niemand aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten vom Programm ausgeschlossen wird. Eine Mindestdauer von drei Monaten und eine Maximaldauer von zwei Jahren sind denkbar. Damit ein solches An-

gebot gelingen kann und sich Jugendliche in einem oft neuen kulturellen und sozialen Umfeld nicht alleine gelassen fühlen, müssen mit dem entsprechenden Programm ein Sprachkurs und ein interkultureller Workshop verbunden sein. Auch während der Teilnahme ist eine enge Begleitung und Betreuung durch Ansprechpartner im Zielland erforderlich. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann sich eine solche gezielte Kombination der Förderung von Mobilität und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durchaus positiv auf die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins auswirken.

Nur wenn die junge Generation ihre historische Verantwortung in die Zukunft trägt, kann Europa gemeinsame Werte wie Welt-offenheit, Toleranz, Demokratie und Menschenrechte auch in der Welt vertreten.

*Caroline Ebner, Lionel Kapff, Katharina Kleine-Tebbe, Frédéric Krumbein, Myrina Meunier, Gabriel Richard-Molard, Blandine Sorbe**

* Die Autoren sind Teilnehmer des *Deutsch-französischen Zukunftsdialogs*, einer Initiative der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung. Das Positionspapier wurde im Rahmen des Projektjahres 2014 verfasst.